

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 5. Oktober 2012 - Nr. 232/40 R1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Steinbrück kritisiert seine Kritiker

pca. BERLIN, 4. Oktober. Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat sich gegen Angriffe wegen seiner Nebeneinkünfte als Vortragsredner gewehrt. Es gehe einigen Kritikern „in Wahrheit darum, meine persönliche Glaubwürdigkeit zu beschädigen. Das wird aber nicht gelingen“, sagte er der Zeitung „Die Welt“. Er werde seinen Einkommensteuerbescheid nicht veröffentlichen: „Meine Frau und ich werden steuerlich gemeinsam veranlagt. Ich habe nicht die Absicht, einerseits ihre Einkünfte und andererseits meine Verträge mit Verlagen öffentlich zu machen“, sagte Steinbrück. Der SPD-Politiker hatte nach seiner Amtszeit als Finanzminister Geld unter anderem durch Buchveröffentlichungen und Reden verdient. Der FDP-Generalsekretär Patrick Döring sagte: „Mit dem Gen des ehrbaren Kaufmanns ist dieser Hansesat nur dürrig gesegnet.“ CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt sagte, Steinbrück stehe „im Verdacht, ein Produkt der Finanzindustrie zu sein“. Der SPD-Politiker Hubertus Heil nannte dies „ehrschneidende Äußerungen“.

Heute

Es geht um die Erzählung

Salman Rushdie sinniert darüber, warum sich manche Muslime so leicht beleidigt fühlen, erklärt, dass Feigheit nichts nützt im Leben, und lacht viel dabei. **Feuilleton, Seite 31**

Venezolanischer Aufstieg

Die boliviarische Revolution hat der Familie Chávez geholfen, den Bundesstaat Barinas unter ihre Kontrolle zu bringen. Sohn Hugo will diesen Sonntag ein weiteres Mal zum Präsidenten gewählt werden. **Politik, Seite 3**

Österreichische Geschäfte

Nach der Verurteilung von vier Beschuldigten zu hohen Freiheitsstrafen im Klagenfurter Korruptionsprozess sind selbstkritische Stimmen aus den betroffenen Parteien nicht zu hören. **Politik, Seite 6**

Bevor der letzte Hammer fällt

Zum Klavierbau braucht es viel Geduld und Zeit. Vielen Herstellern in Deutschland ist über Kosten, Nachfrage und asiatischer Billigkonkurrenz der Betrieb eingegangen. Einige halten durch. **Wirtschaft, Seite 14**

Auf Kosten der Knochen

Schon lange klagten Handballprofis über die zerstörerischen Belastungen ihres Sports. Weil sich niemand an die Terminpläne wagt, verzichtet mancher von sich aus auf Einsätze im Nationalteam. **Sport, Seite 30**

Es lebe der Tanz

Das klassische Tanztheater will sich derzeit geradezu selbst vergessen, doch seine Provokationen laufen ins Nichts. Dafür aber entdecken die anderen Künste seinen intensiven Ausdruck. **Feuilleton, Seite 31**

Neue Aufgaben im Magistrat

Die ersten 100 Tage im Amt hat der neue Frankfurter Oberbürgermeister Feldmann absolviert – jetzt setzt er erste politische Akzente und übernimmt das Personaldezernat. **Rhein-Main-Zeitung, Seite 41**

Mitteilung des Verlags:

Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 15 und 38 bis 40
6 Seiten Verlagsbeilage
„Industrie- und Gewerbeimmobilien“

Wir sind gerührt ...



... aber nicht geschüttelt! Bei aller Liebe für das ewige Geheize, Gerenne, Geballere und Gebalze – es war eine Erlösung, als Daniel Craig in „Casino Royale“ den Barkeeper auf die Frage nach der Zubereitung eines Wodka-Martini unterschied, das sei ihm wurscht. Und dass er gleich einen härteren

Martini kreierte, war auch gut. Aber nach 50 Jahren Bond hat nicht die Seite 33, sondern immer noch Dorothy Parker das letzte Wort: „Ich trinke gern Martinis, / doch sind zwei genug serviert, / denn nach dreien lieg ich unterm Tisch / und nach vieren unterm Wirt.“

Foto: Bildagentur-Online

Parlament gibt Erdogan die Erlaubnis für Militäreinsätze in Syrien

Türkische Armee setzt Angriffe fort / Nato verurteilt Damaskus „aufs strengste“

tens/mbu/cheh/ban. ISTANBUL/BRÜSEL/FRANKFURT/BERLIN, 4. Oktober. Das türkische Parlament hat am Donnerstag in einer geschlossenen Sitzung eine von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan eingebrachte Vorlage gebilligt, die es dem Regierungschef für die Dauer von zunächst einem Jahr gestattet, Militäreinsätze in Syrien anzuordnen. Erdogan versicherte später, er strebe „Frieden und Sicherheit“ an. „Wir haben nicht die Absicht, mit Syrien in einen Krieg einzutreten“, sagte der Regierungschef. Die Republikanische Volkspartei (CHP) als größte Oppositionskraft kritisierte den Beschluss des Parlaments, da die Vorlage „viel zu weit“ gefasst sei. „Damit können sie einen Weltkrieg beginnen“, wurde ein führender CHP-Abgeord-

nete zitiert. Da Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) im Parlament jedoch über die absolute Mehrheit der Stimmen verfügt, war die Zustimmung der Volksvertretung schon vor der Abstimmung sicher. Erdogan hatte die Abgeordneten um eine Genehmigung gebeten, die notwendigen Maßnahmen treffen zu dürfen, „um die türkischen Streitkräfte in ausländische Staaten zu entsenden“. Die türkischen Streitkräfte setzten am Donnerstag ihre Schläge gegen Stellungen der syrischen Armee fort. Die Türkei hatte sich am Mittwochabend nach einem Krisentreffen zwischen Erdogan, seinem Stellvertreter Atalay sowie Generalstabschef Özel und Justizminister Ergun zu einem militärischen Schlag gegen Stellungen der regulären syrischen Armee ent-

schlossen. Bei diesen Angriffen wurden bis zum Donnerstagnachmittag womöglich bis zu drei Dutzend Personen getötet. Der arabische Sender Al Dschazira meldete unter Berufung auf syrische Quellen, dass 34 Personen als Folge der türkischen Gegenschläge umgekommen seien. Nach anderen Angaben gab es 14 Todesopfer. Die Nato verurteilte den Beschluss der türkischen Grenzstadt Akcakale, bei dem fünf Zivilisten getötet wurden, „aufs strengste“ und verlangte von Syrien „die sofortige Beendigung von solch aggressiven Handlungen gegen einen Verbündeten“. Eine Erklärung aller 28 Mitgliedstaaten besagt, die Zwischenfälle seien Angriffe des syrischen Regimes gegen die Südgrenze der Nato. (Fortsetzung und weiterer Bericht Seite 2, siehe Seiten 3 und 12.)

Brüssel erwägt Pflichtversicherung gegen Atomunfälle

Oettinger: Strom wird dadurch teurer / „Nur bei einigen Kraftwerken Verbesserungsbedarf“

hmk. BRÜSEL, 4. Oktober. Die Betreiber von Kernkraftwerken in der EU sollen nach dem Willen von Energiekommissar Günther Oettinger künftig eine Pflichtversicherung gegen Atomunfälle abschließen. Die EU müsse den Energiekonzernen bestimmte Versicherungspflichten verbindlich vorschreiben, sagte Oettinger am Donnerstag in Brüssel bei der Vorstellung der Ergebnisse der europäischen Stresstests für Atomkraftwerke. Nur so könne die EU sicherstellen, dass die Betreiber die Haftung für Atomunfälle übernehmen und die Kosten für Strom aus Kernenergie eher einer ehrlichen Vollkostenrechnung entsprechen, als das heute der Fall sei. Die Europäische Kommission erwäge deshalb, im kommenden Jahr einen Regelungsvorschlag vorzulegen.

Der Vorstoß werde die Stromkosten in die Höhe treiben und Strom aus Kernenergie im Wettbewerb weniger attraktiv machen, gab Oettinger zu. Er sehe seine Aufgabe als Energiekommissar aber nicht darin, Strom aus Kernkraft durch „Sicherheitsdumping“ billig zu machen. Wie Oettinger die Versicherungspflicht durchsetzen will, blieb zunächst offen. Die Überlegungen befänden sich noch in einem sehr frühen Stadium, sagte eine Sprecherin der Kommission. Zunächst werde die Kommission nun die Energiekonzerne und die Mitgliedstaaten konsultieren. In Kraft treten könnte eine solche Regelung ohnehin nur, wenn ihr das Europa-Parlament und die Staaten zustimmten. In Deutschland gibt es schon eine Absicherung gegen Atomunfälle, die zu Zei-

ten von Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) entwickelt wurde. Die Energiekonzerne haften demnach mit ihrem Vermögen für Unfälle. Zudem müssen sie eine Versicherung über 2,5 Milliarden Euro je Kernkraftwerk abschließen. Da Haftpflichtversicherungen am Markt aber nur bis zu einem Volumen von 256 Millionen Euro angeboten werden, haben die deutschen Konzerne eine Solidarvereinbarung ausgehandelt, nach der sie für die Schäden anderer gegenseitig haften. Das Ergebnis des Atom-Stresstests bezeichnete Oettinger als positiv. Die Kraftwerke in der EU seien auf einem guten Niveau, auch wenn es bei beinahe allen Verbesserungsbedarf gebe. Anlass zur Selbstzufriedenheit gebe es also nicht. (Siehe Wirtschaft, Seite 13.)

Lieberknecht fordert Rentenreform

cpm. ERFURT, 4. Oktober. Die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hat eine Angleichung des Rentenrechts in Ost- und Westdeutschland gefordert. „Ich erwarte, dass sich Bund und Länder zusammensetzen, um Klarheit zu schaffen“, sagte Frau Lieberknecht dieser Zeitung. Sie verteidigte zudem ihre Bundesratsinitiative für einen Mindestlohn. „Wir müssen uns daran gewöhnen, für Arbeit wieder den Preis zu entrichten, den sie hat.“ (Siehe Seite 5.)

Obama: Romney verbirgt seine wahren Ziele

rüb. WASHINGTON, 4. Oktober. Präsident Barack Obama hat dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney am Donnerstag vorgeworfen, im ersten Fernsehduell vor 60 Millionen Fernsehzuschauern am Mittwochabend seine politischen Absichten verschleierte zu haben. „Als ich auf die Bühne kam, traf ich diesen sehr schwungvollen Kollegen, der behauptete, Mitt Romney zu sein“, sagte Obama. Doch habe der „echte Romney“ andere Ziele. (Siehe Seite 7.)

Schumacher beendet Formel-1-Karriere

witt. SUZUKA, 4. Oktober. Michael Schumacher beendet nach der laufenden Saison seine Karriere als Formel-1-Pilot. Das gab der siebenmalige Weltmeister am Donnerstag in Suzuka vor dem Großen Preis von Japan bekannt. „Ich habe mich dazu entschieden, am Ende der Saison aufzuhören, obwohl ich gesehen habe, dass ich noch immer vorne mitfahren kann“, sagte der 43 Jahre alte Schumacher. Er erzielte bisher 91 Grand-Prix-Siege. (Siehe Sport, Seite 30.)

Ein Funke genügt

Von Günther Nonnenmacher

Der Beschluss einer türkischen Stadt jenseits der syrischen Grenze, bei dem mehrere Menschen getötet wurden, ist Symptom und Signal zugleich: Der Bürgerkrieg in Syrien hat schon längst eine internationale Dimension. In erster Linie involviert sind dabei der Libanon und die Türkei. Die libanesische Hizbullah ist das Bindeglied zwischen der schiitischen Theokratie in Iran und dem Alawiten-Regime der Assads. Sie hat die Fähigkeit, in der Zedernrepublik einen Bürgerkrieg vom Zaun zu brechen, was wiederum direkte Auswirkungen auf Israel hätte. Die Türkei ist auf mehrfache Weise von dem innersyrischen Konflikt betroffen: Sie beherbergt viele Flüchtlinge, die aus ihrer Heimat fliehen, und sie gewährt dem militärischen Widerstand gegen Assad Unterstützung und Unterstützung. Außerdem befeuert der syrische Bürgerkrieg die Hoffnung der auf mehrere Länder verteilten Kurden auf einen eigenen Staat – es ist kein Geheimnis, dass auch die terroristische PKK an den Kämpfen beteiligt ist. Diese grenzübergreifenden Konfliktherde entzünden sich wechselseitig.

Vermutlich stimmt es, dass der Grenzatenbeschluss der türkischen Grenzstadt ein „tragisches Missgeschick“ war, wie die syrische Regierung in Form einer Entschuldigung zugegeben hat. Denn Assad kann im Augenblick kein Interesse daran haben, einen militärisch ausgetragenen Grenzkonflikt mit der Türkei zu beginnen. Er braucht seine Truppen im eigenen Land, um sich an der Macht zu halten. Eine massive Intervention der militärisch überlegenen türkischen Armee (womöglich mit politischer Deckung der Nato) würde vermutlich dazu führen, dass es noch mehr befreite Gebiete in Syrien gäbe, die sich schnell in internationale Sicherheitszonen verwandeln könnten – womit dann der Zerfall des syrischen Staates gewissermaßen völkerrechtlich beglaubigt würde. Aber auch die Türkei hat wenig Interesse, den Konflikt zu eskalieren. Die Folgen in der ganzen Region wären unberechenbar und vermutlich auch nicht zu beherrschen: Es würde ein Krieg drohen, der den Nahen und den Mittleren Osten erfasst. Selbst ein um sein politisches Überleben kämpfender Assad ist vermutlich so rational, sein physisches Überleben nicht aufs Spiel zu setzen. Doch es bleibt das Risiko, dass das nächste „tragische Missgeschick“ zum Funken in diesem Pulverfass werden könnte.

Europa – in guter Verfassung

Von Reinhard Müller

Was wird aus Europa? Europa existiert. Der Zusammenschluss europäischer Staaten ist ebenso eine Tatsache wie eine Entwicklung. Geschichte hat kein Ziel. Natürlich können und sollen Staatsführer Ziele setzen. Die müssen aber auch von den Völkern angenommen werden. Hier liegt der wesentliche Unterschied zu früheren Zeiten – aber selbst Gewaltregime konnten nicht ewig ohne Rückhalt der Beherrschten bestehen. Dennoch sollte man die Suche nach dem Zweck, nach der „Finalität“ der europäischen Einigung nicht übertreiben. Wenn Europa so organisiert ist, dass seine Bürger gut leben können, dann muss sich niemand über Sinn oder Namen des Staatenverbunds Gedanken machen. Und Europa ist, alles in allem, gut organisiert. Es hat schon jetzt teils Staatscharakter, übt hoheitliche Gewalt aus, setzt unmittelbar Recht, präsentiert sich als Handlungsraum – nach innen frei, nach außen fair.

Die Fiskalunion und der Mechanismus zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung sind im Kern gar nicht so neue Schritte zur weiteren Festigung der Union. Sie werden von den (meisten) Staaten für notwendig gehalten. Doch hat die Finanzkrise eben auch Fliehkräfte freigesetzt, die mancher gebändigt zu haben glaubte. Aber das sind keine nationalen Schreckgespenster aus der Mottenkiste. Die Hervorkehrung einzelstaatlicher Interessen in einer existentiellen Krise der supranationalen Gemeinschaft spiegelt nur deren politischen und rechtlichen Zustand: Eine Union souveräner Staaten arbeitet seit Jahrzehnten auf vielen Feldern zusammen, damit es ihren Bürgern besser geht.

Alle die Regeln von der Freiheit für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital über die Subsidiarität bis zur Währungsunion können im Zeitalter der Demokratie nur den Sinn haben, den Europäern ein gutes Leben in Frieden und Freiheit zu sichern. Das allein ist es wert, „unumkehrbar“ genannt zu werden: dass die Europäer nicht mehr aufeinander schießen, sondern sich treffen können und Handel treiben. Alles andere ist Mittel zum Zweck. Mittel sind nicht heilig. Polen, Dänen und Briten sind auch Europäer, obwohl sie nicht Mitglied der Währungsunion sind oder bestimmte Abkommen nicht unterschrieben haben.

Folge der europäischen Entwicklung kann also durchaus eine stärkere Zentralisierung, kann „mehr Europa“ sein. Auch im deutschen Bundesstaat hat die Zentrale immer mehr Macht an sich gezogen. Aber der Vergleich hinkt: Deutschland ist ein homogenes Land mit einer hohen, demokratisch begründeten Akzeptanz für diese Harmonisierung. Daran fehlt es in der EU. Nun könnte man sagen: Wir zentralisieren und sichern anschließend die Akzeptanz. Aber das wollen selbst inte-

grationsfreundliche Staats- und Regierungen nicht. Die Bürger sollen entscheiden. Und sie haben offenbar ein feines Gespür für Symbole. Denn nichts als ein Zeichen war ja der gescheiterte Verfassungsvertrag, der später im Wesentlichen als Vertrag von Lissabon in Kraft trat. Mögen auch europäische Wahlen und (Volks-)Abstimmungen über Europa von nationalen Themen dominiert sein; mag es auch eine europäische Öffentlichkeit nicht geben – es gibt ein verbreitetes Gefühl für Überregulierung, Anmaßung, mangelnde Subsidiarität und Fremdherrschaft, auch wenn viele Bürger diese Begriffe nicht gebrauchen. Es braucht nämlich einen guten Grund, lokale, regionale oder nationale Traditionen aufzugeben. Das muss

Es ist kein Rückfall in Nationalismus, wenn sich Europa auf den Bürgerwillen besinnt.

vermittelt werden, die Betroffenen müssen überzeugt werden; zumindest müssen sie den Eindruck haben, sie könnten über ihre „öffentliche Sache“ mitbestimmen.

Diesen Eindruck hatten viele schon vor der Finanzkrise nicht gehabt. Und das ist kein Rückfall in den Nationalismus. Im Gegenteil: Es ist ein Fortschritt, wenn sich eine Gemeinschaft auf ihre Wurzeln besinnt, also auf den Bürgerwillen. Allerdings wäre es falsch, an die EU dieselben Anforderungen zu stellen wie an nationale Regierungen und Parlamente. Transnationale Demokratie kann nicht nach denselben Regeln funktionieren wie ein Schweizer Kanton. Es leidet entweder die demokratische Legitimation oder die Funktionsfähigkeit.

Wenn ein Parlament aber noch irgendeine Bedeutung haben soll, dann muss es über wesentliche Fragen entscheiden, etwa über Garantiesummen für verbündete Länder, die den eigenen Haushalt zu sprengen drohen. Jeder Schritt, mit dem Rechte aus der Hand gegeben werden, muss genau überlegt und überprüft werden können.

Dabei besteht kein Zweifel, dass auch Europa von den allermeisten Europäern als eigene „öffentliche Sache“ angesehen wird, die zu schützen ist und mit der man sich identifiziert. Die „Unionsbürgerschaft“ ist keine Anmaßung. Es ist aber auch kein Zufall, dass sie an die Staatsangehörigkeiten der Mitgliedstaaten anknüpft, sie aber nicht ersetzt. Brauchen wir also eine Politische Union? Im Grunde haben wir sie längst, trotz großer Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Die Antworten auf die Finanzkrise haben gezeigt: Europa ist nicht in schlechter Verfassung. Aber es kann sich nur organisch weiterentwickeln.



Briefe an die Herausgeber	16	Das Kreuzworträtsel	10	Branchen und Märkte	17	Kurse	26
Immobilienmarkt	37	Ereignisse und Gestalten	11	Unternehmen	18	Sport	29
Stimmen der Anderen	2	Zeitgeschehen	12	Markt und Strategie	21	Feuilleton	31
Impressum	4	Wirtschaft	13	Wetter	22	Medien	35
Deutschland und die Welt	9	Menschen und Wirtschaft	14	Finanzmarkt	23	Fernsehen und Hörfunk	36

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute); Briefe an die Herausgeber: leserbrieve@faz.de
Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 € / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29kr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28kr / Schweiz 4,80 sfr / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 720 Ft